

Großparteien sichern sich Frequenzen

Die Ätherschlacht geht vor Gericht weiter

Am vergangenen Mittwoch unterzeichneten Vertreter der siegreichen Unternehmen FM 1 und Advenio die Sendekonzessionen über die beiden landesweiten Rundfunkfrequenzen. Vorseiten des Landesrates für Rundfunk und Fernsehen (ORTT) setzte die Fidesz-Delegierte Annamária Szalai ihren Namen unter das Dokument, da ORTT-Präsident László Majtényi aus Protest gegen die Entscheidung der ORTT-Delegierten für FM 1 und Advenio seinen Rücktritt erklärt hatte.

Bereits in der vorvergangenen Woche entschied der ORTT, die beiden einzigen landesweiten Frequenzen für private Rundfunksender an die Unternehmen FM 1 und Advenio zu vergeben (die BZ berichtete). Zuvor waren zwölf Jahre lang die äußerst beliebten Unterhaltungssender *Danubius* und *Sláger Rádió* auf diesen Wellen zu hören gewesen. Ab dem 19. November ist damit Schluss.

Die Entscheidung ist insofern

problematisch, als dass die beiden Sieger, die eindeutig den zwei großen Parteien MSZP und Fidesz zuzuordnen sind, nach Ansicht der ORTT-Experten völlig unrealistische Finanzierungspläne vorgelegt haben. So wollen beide bis zu 55 Prozent ihrer Einnahmen als Konzession bezahlen, was in der Medienbranche gänzlich unüblich ist. Private Fernsehsender bezahlen etwa 5 Prozent, die beiden unterlegenen Radiosender hatten rund 15 Prozent ihrer Einnahmen dafür aufgewendet; der Rest der Mindestgebühr für die Konzession in Höhe von jährlich 350 Millionen Forint war als Festbetrag eingezahlt worden. Im Normalfall müssten die beiden neuen Sender auf Grund der hohen Prozentquoten Milliardenbeträge zahlen, was sie durch einen branchenüblichen Trick umgehen können: Die gesamte Marketingtätigkeit wird über externe Firmen abgewickelt, die einen Großteil der Anzeigenverkäufe für sich behalten. Damit werden die effektiven Ein-

nahmen der Sender selbst minimiert. Fleuchteile halten es für einen Fehler des ORTT, diese so genannte „sales house“-Konstruktion in den Ausschreibungsunterlagen nicht ausdrücklich untersagt zu haben.

Ungleiche Chancen

Nicht, dass die Ausschreibung die Bewerber besonders gestört hätte: Obwohl es beispielsweise eigentlich Bedingung gewesen wäre, andere Beteiligungen an Radiosendern abzugeben, sah Advenio keinen Anlass zu erklären, im Falle des Sieges seine Anteile an dem Budapester Sender *Lánchíd Rádió* aufzugeben. Dennoch wurde die Bewerbung des Fidesz-nahen Unternehmens vom Landesrat durchgewinkt. Ob FM 1 seine Beteiligung am populären Budapester Sender *Radiocafé* abgibt, stand bei Redaktionsschluss ebenfalls noch nicht fest. Auf der anderen Seite wurde der Wettbewerber *Zene Rádió* ausgeschlossen – mit der Begründung, seine Bewerbung sei wirt-

schäftlich nicht haltbar, da der Sender 55 Prozent seiner Einnahmen als Konzessionsgebühr abführen wollte. Bei den beiden parteinahen Bewerbern schien dasselbe nicht zu stören.

Mit dem Holzhammer

Alles in allem hat also eine informelle große Koalition aus MSZP und Fidesz sich selbst einige Vorposten auf einem bislang weitgehend politikfreien Segment des Medienmarktes gesichert. Der MSZP-nahe Sender wird auf den Namen *Neo FM*, der Fidesz-nahe auf den Namen *Klassz FM* hören. Beide werden beliebte Moderatoren der unterlegenen Sender *Danubius* und *Sláger Rádió* übernehmen und auf diese Weise eine Kontinuität vortäuschen, die es aber nicht gibt. Fakt ist: Zwei sehr mainstreamige, aber immerhin politisch nicht einzuordnende Medien werden ab dem 19. November zwei Parteigebundene Platz machen.

Allerdings will man sich bei den Unterlegenen nicht so schnell ge-

schlagen geben. Zene Rádió kündigte bereits an, vor Gericht zu gehen, ebenso wie die beiden ausgebooteten Sender. Immerhin stehen auch bei ihnen mächtige Eigentümer im Hintergrund. *Sláger Rádió* gehört einem Nasdaq-notierten US-amerikanischen Konzern, *Danubius* wird gar von der EBRD gehalten. Kein Wunder also, dass Insiderinformationen zu Folge in den Wochen vor der ORTT-Entscheidung Medienpolitiker von MSZP und Fidesz den Eigentümern „empfehlen“, die Sender in das Eigentum ungarischer Unternehmen zu geben. Auf diese Weise hätten sie ihre Frequenzen behalten können und wären wohl früher oder später auf diesem Wege unter politischen Einfluss geraten. Die EBRD und die Amerikaner erwiesen sich jedoch als unbestechlich, so dass die Großparteien sich ihren Einfluss im privaten Radiobereich – einem wichtigen Medium im nahenden Wahlkampf – mit dem Holzhammer sichern mussten. **GK**

Was tun gegen H1N1?

Experten raten zur Impfung

Fortsetzung von Seite 1

Virologe György Berecsi macht außerdem auf den volkswirtschaftlichen Aspekt aufmerksam: „Wir rechnen mit 3 Millionen Erkrankungen. Das ist ein Drittel der ungarischen Gesellschaft. Wer soll denn für die öffentliche Sicherheit sorgen, wer soll die Patienten versorgen und die Kunden bedienen, wenn alle krank sind?“ Einen Hoffnungsschimmer gibt es jedenfalls: Laut Kornélia Molnár von der Staatlichen Dienststelle für Gesundheitswesen (ÁNTSZ) ist die Zahl der Erkrankungen zurückgegangen. Der schlimmste Stand könnte Mitte Dezember erreicht sein. Bis dahin sollten optimaler Weise 60 Prozent der Bevölkerung die Impfung bekommen haben. Laut Ferenc Falus, dem Obersten Amtsarzt, sind es bis jetzt jedoch nur 3 Prozent.

Allerdings sollte eines klar sein: Die Impfung schützt nicht unbedingt vor der Erkrankung. Durch sie wird nur der Krankheitsverlauf, der sich im Normalfall

kaum von einer saisonalen Grippe unterscheidet, erleichtert. Die Ärzte hoben hohes Fieber, Schnupfen und Halsschmerzen als Symptome hervor. Unter dem Schutz des Vakzins werde das Fieber nicht so weit in die Höhe schießen, stellte Berecsi klar.

Ungarn wird von einer einzigen Firma, dem Pharmaunternehmen Omninvest, mit einem speziellen, von der EU nicht geprüften Serum, versorgt. Insgesamt 4 plus 2 Millionen Portionen Impfstoff sollen der ungarischen Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Anfangs sollten die Apotheken nur die bestellte Menge bekommen, laut Verordnung des Gesundheitsministeriums haben alle Apotheken seit der vergangenen Woche eine bestimmte Startmenge an Impfstoffen erhalten, damit sie dem Bedarf der Bürger nachkommen können. Trotzdem stockt die Versorgung. Die Auslieferung kann nur mit speziellen Kühlfahrzeugen erfolgen, von denen aber nicht genug zur Verfügung stehen. Das Firstmed Center, das vor allem auf die Behandlung

von ausländischen Patienten spezialisiert ist, löst das Problem mit Wartelisten. „Wir nehmen telefonische und schriftliche Anfragen entgegen, setzen die Patienten auf eine Warteliste und bestellen dann den Impfstoff“, erklärt Andrea Zs. Tóth. Etliche seien bereits geimpft worden, eine neue Lieferung werde am Montag ankommen. Wenn der Impfstoff ausgeht, werde aber anhand der neuen Anfragen eine neue Bestellung abgegeben. Bisher seien die Wartelisten nicht unerträglich lang, man müsse mit ein paar Tagen bis einigen Wochen Wartezeiten rechnen, führt die Marketingleiterin weiter aus.

Die Führungsriege der Regierung hatte es etwas leichter und wurde vor aller Öffentlichkeit in der vergangenen Woche geimpft. Auch Premier Gordon Bajnai wurde am Dienstag im Beisein von Pressevertretern die Spritze gesetzt. Ob er allerdings für die Gesellschaft als gutes Beispiel gilt, bezweifelt er selbst: Hinge die Beliebtheit des Impfstoffes von seinem Popularitätsindex ab, wäre das „ein großes Problem“, sagte er vor der Presse.

ÁGNES LUKÁCS

Weltweiter Frieden als Botschaft



B.Z./Auron Taylor

Am vergangenen Mittwochabend erreichte der weltweite Friedensmarschbewegung Budapest. Beim Gödör Club trafen weitere Organisationen auf die Mitglieder des Friedensmarschs. Gemeinsam zogen sie bis zum Clark Ádám tér, wo Reden gehalten wurden. Der Friedensmarsch startete am 2. Oktober 2009 und soll bis zum 2. Januar 2010 fort dauern. Insgesamt führt die Strecke der Friedensbewegung durch 88 Länder.

■ **Suez erreicht vor Gericht Sperrung von Datenbanken.** Mit sofortiger Wirkung erreichte die französische Firma Suez, die die Geschäfte der Pécses Wasserwerke bis zur Aussperrung aus dem Firmensitz durch die Stadt Pécs geführt hatte, dass das städtische Unternehmen Tettye Forrásház Zrt, das die Wasserwerke seit kurzem betreibt, weder Geschäftsgeheimnisse noch Software und Datenbanken der Suez

nützen darf. Damit bestätigte das Gericht nach Ansicht der Suez, dass die Tettye Forrásház Zrt. die Wasserverteilungssysteme widerrechtlich nutze. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

■ **Szombathelyer Krankenhaus will ungarischen Staat verklagen.** Nachdem der Klage der Beschäftigten des Markusovszky-Krankenhauses Szombathely (Westungarn) auf volle Be-

KOMPAKT

zahlung des Bereitschaftsdienstes stattgegeben wurde, will nun das Krankenhaus den ungarischen Staat verklagen. Der Leiter des Krankenhauses, László Lakner sagte, dass sein Krankenhaus gemäß den geltenden Gesetzen gehandelt und folglich den Bereitschaftsdienst nur zum Teil als volle Arbeitszeit berechnet habe. Seiner

Ansicht nach liegt das Vergehen beim Staat, der es seit zwei Jahren versäumt hat, das ungarische Recht an das EU-Recht anzupassen. Das Krankenhaus überlegt nun, den ausbezahlten Lohn vom Staat zurückzufordern.

■ **Drogenkonsum geht leicht zurück.** Laut einer am vergangenen Donnerstag vorgestellten Studie über das Jahr 2007 geht der Drogenkonsum

in der Europäischen Union und auch in Ungarn leicht zurück. Ungarn gehört insgesamt zu den drei Ländern mit dem geringsten illegalen Drogenkonsum in der EU, allerdings erreicht Ungarn bei dem Konsum von synthetischen Drogen, wie Amphetamin oder Ecstasy das europäische Mittelfeld.



Airport transfer mit festen Preisen
Budapest - Ferihegy ab 4.300 HUF
 Information und Reservierung:
 Mobil: 06-20/5-555-555, 06-30/3-555-555



Airport Minibusz

Official partner of Budapest Airport Zrt.

Information & Reservation

+36-1 296-8555

www.airportshuttle.hu

Door to door transfer!

